

Kentucky: Evangelikale Landesbeamtin verliert Rechtsstreit

Vor fast sieben Jahren weigerte sich Kim Davis als Landesamtschefin eines Bezirks in Kentucky, gleichgeschlechtliche Paare zu trauen. Als Christin dürfe sie nicht dazu gezwungen werden, meint sie. Schwule Paare klagten dagegen – und können sich jetzt Hoffnung auf Schadensersatz machen.

David Bunning, ein vom Republikaner George W. Bush ernannter Bundesrichter, hat am Freitag in Ashland geurteilt, dass die frühere Stadtschreiberin des Bezirks Rowan County die Grundrechte von zwei schwulen Paaren verletzt habe, als sie sich 2015 trotz der Ehe-Öffnung geweigert hatte, die Männer standesamtlich heiraten zu lassen. Jetzt muss ein Geschworenengericht entscheiden, welcher Schadensersatz den Klägern zustehen könnte. Damit geht der seit Jahren andauernde Rechtsstreit in die nächste Runde.



Kim Davis lässt sich 2015 bei einer Demo für das Ehe-Verbot von Schwulen und Lesben feiern.

Der Fall geht auf die am 26. Juni 2015 vom Obersten Gerichtshof der USA angeordnete Ehe-Öffnung zurück. Damals entschied der Supreme Court in der Hauptstadt Washington, dass das gesetzliche Ehe-Verbot für Schwule und Lesben gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz in der US-Verfassung verstosse und alle amerikanischen Standesämter künftig gleichgeschlechtlichen Paaren Heiratsurkunden ausstellen müssten. Davis weigerte sich jedoch als Stadtschreiberin ihres Bezirks in Kentucky aus religiösen Gründen, gleichgeschlechtliche Paare zu trauen. Sie könne als Christin nicht dazu gezwungen werden, derartige Urkunden auszustellen, da dies ihrem Glauben widerspreche. Mit ihrem Kampf wurde die bereits vier Mal verschiedengeschlechtlich verheiratete Frau zur Heldin der queerfeindlichen evangelikalen Kräfte in den USA.

Wegen ihrer Weigerung wurde sie sogar in Beugehaft genommen. Später kam sie wieder auf freien Fuss und liess sich in Gross-Demos feiern. Bei der nächsten Wahl zur Stadtschreiberin entzogen ihr die Wähler*innen des Bezirks schliesslich das Vertrauen. Trotzdem hielten zwei schwule Paare an ihrer Klage fest. Der Washingtoner Supreme Court entschied 2020, dass dieses Verfahren seinen normalen Weg durch die Instanzen gehen könne, und weigerte sich, sich des Falles sofort anzunehmen.